

„Arbeiter an die Universität“

Die Vorbereitungskurse zum Hochschulstudium in Sachsen 1946–1949

VON SIEGFRIED HOYER

Zwei Tage vor der Wiedereröffnung der Universität Leipzig wandten sich am 3. 2. 1946 die vier „Blockparteien“ und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund des Landes Sachsen mit dem Aufruf *„Arbeiter auf die Universität“* an die Öffentlichkeit.¹ Die demokratische Erneuerung der Gesellschaft erfordere auch eine Änderung der bisherigen Studentenschaft. *Bisher zurückgehaltene(n) Schichten [soll] die Möglichkeit geistiger Arbeit [ge]geben [werden], um damit an der geistigen Führung des Staates ... die bisher Ausgeschalteten beteiligen zu können.* Zur Vorbereitung des Hochschulstudiums sollten Begabtenprüfungen und Arbeiterfakultäten dienen. Studien- und Lebensunterhalt dieser neuen Studenten *werden von den Betrieben, Stadt und Staat gemeinsam getragen.* Zwei Anordnungen der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (DVV) vom 30. September und 6. Dezember 1945 für die *Zulassung zum Studium an den Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone* enthielten ähnliche Vorschläge für Bewerber ohne Abitur.² Im gleichen Sinn forderten am 18. Oktober 1945 das Zentralkomitee der KPD und der Zentrallausschuß der SPD die *Beseitigung des reaktionären Bildungsprivileges, um denjenigen, die bisher vom Studium fern gehalten wurden,* unter Aufhebung herkömmlicher Aufnahmebedingungen, den *Weg in die Hochschulen und Universitäten [zu] erschließen.*³

¹ Der Aufruf erschien in einem Plakatdruck (Faksimile bei Christel PÖEGGEL, Die Rolle der Vorstudienanstalt und der sozialen Studentenhilfe im Kampf um die Durchsetzung und Entwicklung des Arbeiterstudiums in Sachsen 1945–1949, Phil. Diss. Leipzig 1965 [masch.-schr.], S. 220) und in der Tagespresse des Landes. Unabhängig davon kündigte der sächsische Innenminister Kurt Fischer, dem seit 1. 1. 1946 der Bildungsbereich unterstand, am 2. 2. 1946 in der Sächsischen Volkszeitung und am 8. 2. in den Amtlichen Nachrichten der Landesverwaltung Sachsen, Nr. 5/6 („Zur Neueröffnung der Universität Leipzig“) die Einrichtung von Vorbereitungskursen *bei den Hochschulen* in den *nächsten Wochen* an und appellierte wegen deren Finanzierung an die *praktische Volkssolidarität.*

² Drucke bei Herbert STALLMANN, Hochschulzugang in der DDR/SBZ 1945/49, St. Augustin 1980, S. 102, 429; die Anordnung vom September mit geringen textlichen Abweichungen auch in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, 1 Halbbd., Berlin 1964, S. 555–557.

³ Nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin, 1966, S. 383.

Ging es tatsächlich nur um die Niederlegung der Bildungsschranken und Schaffung gleicher Aufstiegsmöglichkeiten für alle Kinder, wie es Wilhelm Pieck in dem Aufruf auf dem ersten Kongreß der Kulturschaffenden der KPD vom 3. bis 5. Februar 1946 angekündigt hatte?⁴ In der Geschichte der Vorkurse und Vorstudienanstalten Sachsens zwischen 1946 und 1949 bündeln sich Probleme und Widersprüche dieser „Bildungsoffensive“, ehe 1949 die an allen Hochschulen der DDR eingerichteten Arbeiter- und Bauernfakultäten zu „Kaderschmieden“ einer sozialistischen Intelligenz wurden. Wichtig ist in der Frage nach der Hochschulzulassung nicht nur der Umgang mit den Traditionen der sozialdemokratischen und kommunistischen Bildungspolitik aus der Zwischenkriegszeit, sondern auch, ob der Vorstoß in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands singulär war. Neben der inneren Dynamik des Schulbetriebes in den Kursen und deren schon 1946 forcierten Politisierung bedürfen sowohl das Bestreben der SMAD, durch die Einrichtung solcher Kurse den „revolutionären Elan der KPD zu dämpfen“⁵ als auch die bald sehr heftigen Diskussionen um Begabung als Voraussetzung für den Eintritt in jede Art von Hochschule einer genaueren Betrachtung. Die von hagiografischen Tendenzen geprägte Bearbeitung des Themas durch Historiker der DDR preßte schließlich kritische Einwände, das Ringen um ein vollwertiges Pendant zum Abschluß der Oberschule in das simple Schema von reaktionären Querulanten contra revolutionäre Veränderung. Es gilt, den Sachgehalt der Argumente darzulegen.

Erste Schwierigkeiten gab es nach dem gemeinsamen Aufruf der beiden Arbeiterparteien vom Oktober 1945, einen geeigneten Weg für Interessenten zur Vorbereitung auf das Studium zu finden, ohne dabei die politische Profilierung der Bewerber zur „Gegenelite“ aus dem Auge zu verlieren. In der Weimarer Republik hatte es Sonderreifeprüfungen (Begabtenprüfungen) als Abitur„ersatz“, wenige Arbeiterabiturkurse und eine verständnisvolle Förderung dieses Bildungsweges durch Reformpädagogogen gegeben.⁶ Daran knüpfte das erste Modell, die am 29.

⁴ Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Erste zentrale Kulturtagung der KPD vom 3. bis 5. Februar 1946, Berlin 1946, S. 25. Pieck fügte hinzu, daß Zulassung zum Hochschulstudium künftig nicht mehr von der *weltanschaulichen und konfessionellen Zugehörigkeit des betreffenden Schülers, sondern ausschließlich von dessen Begabung und Leistung* abhängen soll.

⁵ Michael C. SCHNEIDER, Chancengleichheit oder Kaderauslese? Zu Intentionen, Tradition und Wandel der Vorstudienanstalten und Arbeiter- und Bauernfakultäten in der SBZ/DDR, in: Zeitschrift für Pädagogik, 41 (1995), S. 963.

⁶ Gerhard PETRAT, Die gezielte Öffnung der Hochschulreife für alle Volksschichten in der Weimarer Republik, in: Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik, hrsg. von Manfred HEINEMANN, Stuttgart 1976, S. 79 ff.; SCHNEIDER, Chancengleichheit (wie Anm. 5), S. 970; zu den Aufbauschulen in Preußen und dem Versuch von Erziehungsbeihilfen für vorbereitende Kurse zur Sonderreifeprüfung Wolfgang W. WITTMER, Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik, Berlin 1980, S. 270 ff. – In den einschlägigen Arbeiten wird übersehen, daß der NS-Staat mit dem Langemarck-Studium seit 1934 ebenfalls begabte junger Männer mit abgeschlossener Berufsausbildung zur Vorbereitung der Sonderreifeprüfung förderte. Vorschlagsrecht besaßen Berufsschulen, Be-

November 1945 an der Universität Jena beginnende Vorstudien­schule unter der Leitung von Prof. Peter Petersen⁷, an. Sie vereinte Oberschüler, deren Abitur weit zurücklag oder die vor der Einberufung zur Wehrmacht lediglich einen Reifevermerk erhalten hatten, mit Volks- und Mittelschülern, um in unterschiedlichen Zeitabschnitten Wissenslücken zu schließen.⁸ Da sich das Petersen-Modell nur darauf richtete und das politische Programm einer sozialen Veränderung der Studentenschaft dem unterordnete, stieß es bei den Bildungspolitikern beider Arbeiterparteien auf Widerstand.

Für die Mitarbeiter der Abteilung Volksbildung der SMAD war die soziale Zusammensetzung der Studenten an den Universitäten eine Schlüsselfrage, und frühzeitig diskutierten sie auch die Einrichtung spezieller Strukturen zur Vorbereitung von Arbeitern und Bauern auf ein Hochschulstudium. Unter Hinweis auf „die unterschiedlichen Bedingungen des damaligen Rußlands und Nachkriegsdeutschlands“ warnten kritische Stimmen jedoch vor einer Übernahme der Erfahrungen aus dem eigenen Land. Schließlich entschieden sich die sowjetischen Offiziere, *keinerlei besondere Initiativen in dieser Richtung zu entwickeln, aber auch, sollte ... die Schaffung solcher Strukturen von den Deutschen selbst ausgehen, nichts dagegenzustellen, sondern diese dann auch nach Kräften zu unterstützen.*⁹

Im Dezember 1945 und im Januar 1946, als sich die Wiedereröffnung aller Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone abzeichnete, ist eine Doppelstrategie der verantwortlichen Bildungsfunktionäre von KPD und SPD in Sachsen zu erkennen. Auf der einen Seite ist ein von „revolutionärer Kühnheit“ getragener, allerdings mit Ignoranz gepaarter¹⁰ Vorstoß gerade aus der Sowjetunion zurückgekehrter Kommunisten¹¹ zu erkennen, befähigte Arbeiter lediglich nach einem Eignungsgespräch zum Studium zuzulassen. Dies stieß, wie Schneider zeigt,¹²

triebe und nationalsozialistische Organisationen. Voraussetzung war ein mehrjähriger „Dienst“ in der NSDAP oder HJ. Erziehung und Schulung im Dritten Reich, hrsg. von Manfred HEINEMANN, Teil 2, Stuttgart 1980, S. 2–22.

⁷ Reformpädagogik in Jena, Red. Paul MITZENHEIM/Walter WENNRICH, Jena 1991, S. 19 ff.; Barbara KLUGE, Peter Petersen. Lebenslauf und Lebensgeschichte, Heinsberg 1992, S. 307 ff.

⁸ Hans-Hendrik KASPER, Der Kampf der SED um die Herausbildung einer Intelligenz aus der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft über die Vorstudienanstalten an den Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945/46 bis 1949), Phil. Diss. Freiberg 1979 [masch.-schr.], Bl. 57 ff.

⁹ Pjotr I. NIKITIN, Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Erinnerungen, Berlin 1997, S. 73 ff.

¹⁰ Auf der ersten zentralen Kulturtagung der KPD hatte der Sekretär der KP-Landesleitung Sachsen, Gerhard Ellrodt, festgestellt, daß gerade jetzt der günstigste Zeitpunkt sei, befähigte Arbeiter zur Universität zu schicken, denn das Niveau der Studenten, die durch eine höhere Schule gingen, sei *niemals so niedrig wie heute* gewesen. Um die Erneuerung (wie Anm. 4), S. 151.

¹¹ NIKITIN (wie Anm. 9), S. 74.

¹² SCHNEIDER, Chancengleichheit (wie Anm. 5), S. 962.

beim Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD auf Ablehnung. Dabei war der aus der SPD kommende Verhandlungsführer der Sächsischen Landesverwaltung Helmut Hüntzsche¹³ eine Persönlichkeit, die nach den Erfahrungen des eigenen Bildungsweges für harte Anforderungen beim externen Weg zur Hochschulreife stand.¹⁴

In der ersten Dezemberhälfte 1945, noch vor den Gesprächen bei der SMAD, lag dem Leipziger Stadtrat für Volksbildung, Helmut Holtzhauer (KPD), ein detaillierter Plan für auf drei Jahre befristete Vorkurse von Volks- und Mittelschülern zur Hochschulreife aus der Feder des Leiters der Leipziger Wirtschaftsoberschule Albert Först (SPD) vor.¹⁵ Am 15. 12. äußerte Holtzhauer kritisch, dieser sei auf einen zu langen Zeitraum angelegt und empfahl eine Umarbeitung.¹⁶ Först leitete die 1945 wieder errichtete Wirtschaftsoberschule, eine jener Fortbildungseinrichtungen, die in der Weimarer Republik von der SPD und USPD ins Leben gerufen worden waren, dem städtischen Volksbildungsamt unterstanden und die „Leipziger Richtung“ der Volkshochschulbewegung prägten.¹⁷ Obwohl diese auf Weiterbildung gerichtet war, hatte es in der zu ihr gehörenden Heimvolkshochschule unter der Leitung von Herbert Schaller vor 1933 einige Schüler gegeben, die nach einer Sonderreifepfprüfung das Universitätsstudium auf-

¹³ Es ist merkwürdig, daß der verantwortliche Minister, Kurt Fischer, eine so wichtige Angelegenheit einem Oberregierungsrat anvertraute und nicht selbst bei der SMAD vorschrieb oder den für den Schulbereich zuständigen Abteilungsleiter Wilhelm Schneller (KPD) beauftragte.

¹⁴ Helmut HÄNTZSCHE (1904–1993) mußte aus finanziellen Gründen den Besuch der Oberrealschule mit der mittleren Reife beenden, hatte eine Begabtenprüfung abgelegt und an der TH Dresden acht Semester Pädagogik studiert. Er war seit 1926 Mitglied der SPD und 1932 Kreisleiter der Jungsozialisten für Mitteldeutschland gewesen. In der NS-Zeit war er kurz inhaftiert. 1945 trat er der KPD bei; Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im folgenden abgekürzt: SächsHSTA Dresden), Landesregierung Sachsen, Personalakte. 1950 lehrte er ein Semester an der Päd. Fak. der Universität Leipzig und ging dann nach Berlin.

¹⁵ Leider ist das Privatarchiv des Pädagogen, das noch Christel PÖGGEL (wie Anm. 1) benutzt hatte, nicht mehr auffindbar. Es konnte deshalb nur ihre Arbeit herangezogen werden.

¹⁶ PÖGGEL (wie Anm. 1), Bl. 16.

¹⁷ Klaus MEYER, Arbeiterbildung und Volkshochschule. Die „Leipziger Richtung“. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Volksbildung in den Jahren 1922–1933, Stuttgart 1969, S. 58f., 67f. Zur Schule von Wirtschaft und Verwaltung in der Weimarer Republik: Thomas ADAM, Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig 1871–1933, Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 8, Köln 1999, S. 159–162; ferner Fritz BORINSKI, Arbeiterbildung in Leipzig in den zwanziger Jahren, in: Arbeiterbewegung, Erwachsenenbildung, Presse. Festschrift für Walter Fabian, hrsg. von Anne-Marie Fabian, Köln 1977, S. 15 ff. mit Polemik gegen die Heimvolkshochschule Herbert Schallers. Helmut ARNDT, Die Gründung und Entwicklung der Volkshochschule Leipzig, in: Leipzig in Vergangenheit und Gegenwart 5 (1988), S. 193 ff.; Ein Erlebnisbericht vom Studium an der Heimvolkshochschule bei Alfred LEMNITZ, Beginn und Bilanz. Erinnerungen, Berlin 1985, S. 40–44.

nahmen.¹⁸ Die KPD hatte in der Weimarer Republik heftig gegen die Leipziger Volkshochschulbewegung polemisiert und statt des „bürgerlichen Bildungsbetriebes“ marxistisch-leninistische Kurse für Arbeiterbildung gefordert, kannte aber die große Resonanz der bestehenden Institution.

In den letzten Tagen des Januar 1946, bevor Helmut Häntzsche vom Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD, Prof. Solotouchin, einen abschlägigen Bescheid wegen des Zugangs von Volks- und Mittelschülern zur Universität ohne Prüfung erhielt, entwarf Helmut Holtzhauer bereits den Aufruf „Arbeiter auf die Universität“¹⁹, mit den beiden alternativen Wege zum Studium. Hatte er den Mißerfolg des Vorstoßes bei der SMAD vorausgesehen, oder war er zumindest darauf vorbereitet? Der Aufruf appellierte an die Betriebe und Verwaltungen, Delegierte zu entsenden und die Kosten für diese zu übernehmen. Die Volkshochschule werde jeden Bewerber einer Vorprüfung unterwerfen, nachdem Betrieb, Gewerkschaft und Partei dessen charakterliche und politische Eignung festgestellt hatten. Eine persönliche Bewerbung von Interessenten schloß der Appell nicht aus, räumte aber der Delegation den Vorrang ein.

Auch der überarbeitete Plan Försts stieß bei Fachpädagogen auf Widerspruch. Sein Verfasser sandte ihn der Universität Leipzig, und der Dekan der Philosophischen Fakultät bat drei Professoren der Pädagogik um ihr Urteil. Th. Litt und A. Menzel lehnten ihn entschieden ab; am härtesten fiel aber das Urteil des ehemaligen Leipziger Stadtschulrates Reinhard Strecker²⁰ (SPD) aus. Er schrieb: *Seit Jahrzehnten bin ich auf dem Gebiet der Arbeiterbildung tätig. Ihr Ziel darf meines Erachtens keine Halbbildung sein, wie wir sie unter der Herrschaft des Nationalsozialismus schaudernd 12 Jahre lang erleben mußten. Die gegebene Schichtung [in der Bildung, S. H.] umzukehren, würde die Ungerechtigkeit nicht beseitigen, sondern verlagern.*²¹

¹⁸ Einer der bekanntesten war der spätere Professor für Politische Ökonomie (ab 1946 an der Universität Leipzig tätig) Friedrich Behrens (1908–1989).

¹⁹ Der handschriftliche Entwurf datiert vom 29. 1. 1946; Stadtarchiv Leipzig (im folgenden abgekürzt: StadtA Leipzig), StVuR 4669, fol. 1. Die Besprechungen Häntzsches mit Solotouchin fanden erst am 30. 1. und danach statt; SCHNEIDER, Chancengleichheit, (wie Anm. 5), S. 962. Eine Initiative der Dresdner Zentralverwaltung oder der Leipziger Universität zur Einrichtung von Vorbereitungskursen gab es nicht. Alexandr HARITONOW, Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949, Weimar 1995, S. 224, mißverstet den Brief von Rektor Bernhard Schweitzer an Staatssekretär Menke-Glückert vom 17. 12. 1945; Universitätsarchiv Leipzig (im folgenden abgekürzt: UAL), Rektor 304, Bd. 1, fol. 19. In ihm ist vom Heimshullehrgängen für Lehrer, politischen Bildungsveranstaltungen für Studenten u. a. die Rede.

²⁰ Ulrich PETER, Reinhard Strecker (1876–1954). Ein religiöser Sozialist im „gottlosen“ Leipzig, in: „Solche Schädlinge gibt es auch in Leipzig“. Sozialdemokraten und die SED, hrsg. von Michael RUDLOFF/Mike SCHMEITZNER, Frankfurt a. M. 1997, S. 160 ff.

²¹ UAL, Rektor 304, Bd. 1, fol. 32. Litt wandte sich besonders dagegen, daß wegen politischer Wünsche der erforderliche Bildungsgang so reduziert wurde (ebd., fol. 30).

Von Försts zweitem Entwurf wurde jedoch zunächst nur die Kursdauer nicht verwirklicht.²² Sie erreichte erst allmählich in den folgenden Jahren den vorgesehenen Umfang. Als der Zeitrahmen von sieben Monaten für die ersten Kurse bekannt wurde, schrieb der erfahrene Pädagoge warnend an den Oberbürgermeister Erich Zeigner: *Es ist absolut unmöglich, in einem halben Jahr die Brücke zu schlagen zwischen Volksschule und Hochschulreife, selbst wenn der Schüler ganz hervorragend begabt sein sollte.* Ohnehin kämen nur *mittelbegabte junge Arbeiter zu den Kursen, da die Hochbegabten anderweitig in führenden Stellen eingesetzt sind.* Im übrigen sei es unseriös, nur das durch den Krieg bedingte niedrige Niveau der gegenwärtigen Oberschulabsolventen ins Feld zu führen. Auch die Volksschulabgänger hätten aus den gleichen Gründen das Wissen von Dreizehnjährigen.²³ Eine Reaktion Zeigners ist nicht bekannt. Die Würfel waren ohnehin gefallen. Im Vergleich zur Jenaer Vorstudienanstalt entstand allerdings ein tragfähiges Modell, das mit geringen Abweichungen auch in anderen Ländern der SBZ Nachahmung fand.

Die Verordnung der Landesverwaltung Sachsen vom 12. 2. 1946 über die Einrichtung von Vorbereitungskursen²⁴ beauftragte die Volksbildungsämter in sechs sächsischen Industriestädten²⁵ mit dieser Aufgabe und sah den 1. März als Unterrichtsbeginn vor. Die ersten Kurse sollten bis zum 30. September dauern. Während dieser Zeit verblieben die Schüler im Arbeitsprozeß, allerdings höchstens 30 Stunden in der Woche. Die drastische Verkürzung der zunächst vorgeschlagenen Unterrichtszeit von 1½ Jahren in dem überarbeiteten Plan Försts²⁶ war das Werk jener Bildungspolitik, die im Herbst 1946, bei der Eröffnung des Wintersemesters, unbedingt eine größere Anzahl von Absolventen für die Immatrikulation präsent haben wollten.

²² Hans-Joachim LAMMEL, Arbeiter und Bauern auf die Hochschule. Zur Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstudiums in der Anfangsetappe der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hochschulwesens, in: Hochschulwesen 34, 1986, S. 319 ff.

²³ StadtA Leipzig, StvV+RdS 4569, fol. 7.

²⁴ Verordnungsblatt der Landesverwaltung Sachsen vom 26. 2. 1946. Da die gleichen Initiativen für Berlin fehlten (oder weit zurück waren), empfahl Prof. Solotouchin am 11. 4. 1946 dem Präsidenten der DVV, dem die Berliner Humboldt-Universität unterstand, am 1. 5. 1946 solche Kurse auch an dieser zu beginnen; Michael C. SCHNEIDER, Grenzen des Elitentausches. Zur Organisations- und Sozialgeschichte der Vorstudienanstalten und frühen Arbeiter- und Bauernfakultäten in der SBZ/DDR, in: Jahrbuch für Universitäts-geschichte 1/1998, S. 140.

²⁵ In Leipzig, Dresden, Chemnitz, Görlitz, Zwickau und Plauen. Mit der Eröffnung der Bergakademie Freiberg begannen auf der Grundlage der Instruktionen des Landesaus-schusses zur Förderung des Arbeiterstudiums, initiiert aber von der Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie, auch in Freiberg Vorbereitungskurse. Eberhard WÄCHTLER, 25 Jahre ABF Wilhelm Pieck, Freiberg 1974, S. 23; Hans HOFMANN, Die Neueröffnung der Bergakademie Freiberg am 8. 2. 1946, Freiberg 1985, S. 13; HARTONOW, Hochschulpolitik (wie Anm. 19), S. 223f.

²⁶ Albert FÖRST, Vorbereitungslehrgänge für Arbeiterstudenten, in: Die neue Schule 1/1946, S. 16 ff.

Der Unterricht begann in Leipzig erst am 21. 3. 1946, in Dresden noch einige Tage später, so daß die reale Dauer der Vorkurse in diesen beiden Städten auf reichlich 6 Monate schrumpfte. Während die Vorbereitungskurse in den anderen Ländern der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin²⁷ den Universitäten zugeordnet waren, wurde im März/April in Sachsen eine „Kommission zur Förderung des Arbeiterstudiums“ geschaffen. Diese leitete die Auswahl der Bewerber und die organisatorische Durchführung der Kurse; sie war für die soziale Betreuung der Teilnehmer zuständig und griff auch bald mit Vorschlägen in den Lehrbetrieb ein. Schon im Sommer 1946 forderte sie Russisch als Pflichtfach.²⁸ Ihre Rolle ist keineswegs „undeutlich“,²⁹ sondern aus dem Anliegen zu begreifen, die Auswahl der Schüler nicht von Pädagogen, sondern von Politikern vornehmen zu lassen. Statt des noch von „bürgerlichen Fachleuten“ durchgesetzten Verwaltungsapparates übte sie einen direkten Parteieinfluß auf dieses wichtige Vorhaben aus. Sicher waren die Volksbildungsorgane und die erst im Aufbau befindlichen Lehrer„kollektive“ der Vorstudienkurse mit den vielfältigen Aufgaben der Organisation und Betreuung überfordert. Ob mit der Kommission der beabsichtigte rasche und gezielte Einfluß im Interesse der Arbeiterklasse³⁰ realisiert werden konnte, hing von der Leitung und Durchführung der lokalen Kurse ab. Dabei gab es zwischen den drei sächsischen Großstädten und einigen Mittelstädten erhebliche Unterschiede. Nur in Leipzig standen mit Herbert Schaller³¹ als Leiter und Rosemarie Sacke-Gaudig als Stellvertreterin pädagogisch erfahrene und überzeugte Marxisten an der Spitze. Die zwischen 1946 und 1949 ausgebauten und zeitlich ausgedehnten Vorkurse setzten, ohne die Heranbildung einer Gegenelite aus dem Auge zu verlieren, auf Demokratisierung und Entprivilegierung der höheren Bildung, und sie mobilisierten intellektuelle Reserven in den sozial niederen Schichten.³² In dieser Frage bestand Konsens mit den beiden bürgerlichen Blockparteien.

Die Kurse erhielten die absolute Priorität gegenüber der im Aufruf von Anfang Februar 1946 ebenfalls vorgesehenen Begabtenprüfung. Daß deren Ergebnisse *nur dazu dienen* [konnten], die „Erkenntnisse“ der pseudowissenschaftlichen *Begabungstheorie zu untermauern*,³³ reflektierten noch drei Jahrzehnte später die kon-

²⁷ Hans-Joachim LAMMEL, Der weitere Ausbau der Vorstudieneinrichtungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1946, in: Beiträge zur Entwicklungsgeschichte der antifaschistisch-demokratischen Hochschule, Berlin 1987, S. 50 ff.

²⁸ KASPER (wie Anm. 8), Bl. 102 ff. Dem Ende April 1946 angenommenen Statut zufolge (ebd., T. II, Bl. 302 ff.) sollte die Landeskommision Werbemaßnahmen organisieren, die Bewerber fachlich und politisch überprüfen, über die Zulassung beschließen und finanzielle Mittel des Studienfonds vergeben.

²⁹ SCHNEIDER, Grenzen (wie Anm. 24), S. 15.

³⁰ KASPER (wie Anm. 8), Bl. 103.

³¹ Werner NEUMANN, Herbert Schaller (1899–1966), in: Wegbereiter der neuen Schule, hrsg. von Gerhard HOHENDORF u. a., Berlin 1989, S. 218–225.

³² SCHNEIDER, Chancengleichheit (wie Anm. 5), S. 965.

³³ KASPER (wie Anm. 8), Bl. 73.

troversen Auffassungen über Begabtenförderung im Zuge der Schulreform 1946/47. Der Verzicht auf solche Prüfungen nach einer ersten Runde bei Wiederbeginn des Universitätsbetriebes Anfang 1946 besaß allerdings komplexere Ursachen. Sie erforderten einen außergewöhnlichen Wissensstand der Bewerber, große Anstrengungen des Einzelnen bei der autodidaktischen Vorbereitung³⁴ und taugten deshalb zwar für Einzelfälle, aber nicht für das Vorhaben, einen größeren Kreis junger Menschen mit Volks- und Mittelschulabschluß an die Hochschulen heranzuführen.

Die Prüfungen an der Universität Leipzig am 1. und am 7. März 1946 bestätigen dies.³⁵ Ihr unterzogen sich insgesamt 62 aus der Gesamtzahl der für die Vorkurse ausgewählten Bewerber;³⁶ 58 bestanden die Prüfung.³⁷ Das Niveau der Prüfungen war ungewöhnlich hoch. Über einen jungen Mann, der sich für ein Studium der Astronomie bewerben wollte, war Prof. Hund so begeistert, daß er ihm eine große wissenschaftliche Zukunft voraussagte. Im Bereich der Philosophischen Fakultät mußte Prof. Litt als Prüfer gebremst werden, da seine Befragungen teilweise das Niveau eines Rigorosums für Doktoranden erreichten. Von den erfolgreichen Prüflingen waren 17 Arbeiter, 30 Angestellte, 4 Schüler, 2 Techniker bzw. Ingenieure, 1 Hausfrau; bei 4 fehlen Angaben zu ihrem sozialen Status. Die Bewerber stammten nur zum Teil aus jenen Schichten, die sozial besonders gefördert werden sollten.

Nikitin bemerkt, daß die Vorbereitungskurse immer unterbelegt gewesen seien: „Die Arbeiter und Bauern rissen sich nicht gerade um die Universität, u. a. auch aus materiellen Gründen.“³⁸ Ähnlich argumentiert Schneider, die Nachfrage nach den Vorstudienanstalten sei erst mühsam geschaffen worden.³⁹ Er belegt dies u. a. mit der intensiven Werbung in den Betrieben und der Abneigung von Werksleitungen, besonders gute Arbeiter zu delegieren. Ein Vergleich der Quellen für die einzelnen Vorbereitungskurse weist aber auf Probleme hin, die die Werbekampagnen in den Betrieben in einer anderen Sicht erscheinen lassen.

Die Landesverwaltung hatte am 25. 2. unter Berücksichtigung der lokalen Kapazitäten Kontingente für die Kurse und eine generelle Klassenstärke von 25 Schüler(-innen) festgelegt.⁴⁰ Danach sollten in Sachsen insgesamt 1000 Bewerber angenommen werden, 300 allein für Leipzig. Zugunsten von Chemnitz wurde die

³⁴ Ernst CLOER, Bildungspolitik und Bildungssystem in der SBZ und DDR. Ausgewählte Aspekte der Entwicklung von 1945 bis 1989, in: DERS., Theoretische Pädagogik in der DDR. Eine Bilanzierung von außen, Weinheim 1998, S. 269.

³⁵ UAL, ABF 001, fol. 1 ff.

³⁶ Durch den Leiter des Vorbereitungskurses, POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 17.

³⁷ Die Zahl differiert in den Darstellungen. Verbreitet ist die auf POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 221 (Anhang 5) zurückgehende Angabe von 55 bestandenen Prüfungen.

³⁸ NIKITIN (wie Anm. 9), S. 75.

³⁹ SCHNEIDER, Grenzen (wie Anm. 24), S. 147 ff.

⁴⁰ UAL, ABF 001, fol. 1 ff. und 015 (Statistik der Teilnehmer des Vorkurses).

Zahl kurze Zeit später auf 250 reduziert. Herbert Schaller berichtete in der ersten Zusammenkunft der Leiter der Vorbereitungskurse am 25. 5. 1946, daß sich für diese 250 Plätze in Leipzig 2100 Männer und Frauen bewarben. Unter dem Gesichtspunkt der politischen Voraussetzungen, genügender fachlicher Leistungen, Über- oder Unterschreitung der Altersgrenze lehnte die Auswahlkommission 1857 Bewerber ab. Einigen wurde empfohlen, an den technischen Lehranstalten oder an Verwaltungsschulen eine Fortbildung aufzunehmen.

Über die genaue Zahl der Teilnehmer am Leipziger Kurs gibt es abweichende Angaben. Eine Statistik vom 22. Mai 1946 nennt 243, anfänglich waren es 273. 30–45 Schüler schieden während der reichlich 6 Monate aus gesundheitlichen Gründen, wegen Leistungsschwächen oder „auf eigenen Wunsch“ aus. Von den 225, die sich Ende September 1946 zur Abschlußprüfung stellten, bestanden 213.

Setzt man die sehr kurze Dauer des Kurses, unausbleibliche Schwierigkeiten während seines Ablaufes und die für alle Schüler ungewohnte geistige Arbeit in ein Verhältnis zu diesem Ergebnis, konnten Lehrer und Schüler sehr zufrieden sein. Wer die Klassen hospitierte oder in Kontakt zu den Vorbereitungskursen stand, bestätigte eine Atmosphäre intensiven Lernens. Allerdings resümierte die Schulleitung, daß die gesteckten Lernziele nur zu 65–75 Prozent erreicht wurden.⁴¹

Das Niveau der Abschlußprüfung im Vergleich zu einem Abitur an einer „durchschnittlichen“ Oberschule ist schwer zu bestimmen. Weder bei den leitenden Pädagogen der Vorbereitungskurse noch im Volksbildungsministerium bestand Interesse an einem Vergleich. Es fehlten in den Vorkursen nicht nur ganze Wissensgebiete (Biologie, Geographie) für eine Allgemeinbildung. Da die meisten Schüler in der Fremdsprache von vorn anfangen mußten, blieben die erworbenen Fertigkeiten auch angesichts der starken Belastung durch den gesamten Stundenplan sehr bescheiden. Nach dem ersten Vorkurs erkannten die verantwortlichen Pädagogen, daß der Deutschunterricht zu wenig Sicherheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck bei Auseinandersetzungen mit „reaktionären Studenten“ vermittelte, und erweiterten ihn im folgenden Lehrgang.

Einige Monate nach dem Abschluß des ersten Vorkurses wandte sich am 29. 3. 1947 der Dekan der neu gegründeten Pädagogischen Fakultät der Universität Leipzig, Maximilian Lambertz⁴², an die Landesregierung mit der dringenden Bitte, in Zukunft die Vorkurse mindestens auf 4 Semester zu verlängern. *Es hat sich ergeben, daß die Arbeiterstudenten besonders den Vorlesungen in Mathematik und*

⁴¹ SächsHStA Dresden, Ministerium für Volksbildung, Nr. 1362, fol. 316. Major Pluschnikow, für Hochschulfragen in der SMA Sachsens zuständig, schlug deshalb vor, daß die Studenten sich solchen Studienzielen zuwenden sollten, für die sie die Voraussetzungen mitbrächten, u. a. Jura, Volkswirtschaft, Geschichte.

⁴² Der international anerkannte Albanologe war bis zu seiner Entfernung aus dem Schuldienst durch die Dollfußregierung fast drei Jahrzehnte in Bayern und in Österreich Studienrat gewesen; Gerda UHLISCH, Maximilian Lambertz (1882–1963), in: *Bedeutende Gelehrte in Leipzig*, Bd. 1, hrsg. von Max STEINMETZ. Leipzig 1965, S. 261–268. Der Dekan der Päd. Fak. an der TH Dresden unternahm einen ähnlichen Vorstoß.

*Chemie ratlos gegenüber stehen und an den Dekan die Bitte um Nachhilfe richten.*⁴³

Auch aus sozialstatistischen Gründen war das Endergebnis nicht vollständig im Sinne der Bildungspolitik. Eine Analyse der 243 Leipziger Teilnehmer (172 Männer und 71 Frauen) am 22. 5. 1946 ergab nur 66 Arbeiter (27 %), aber 139 Angestellte und Handwerker (60 %). Zehn kamen aus freien Berufen; bei 28 fehlte die Berufsangabe.⁴⁴ Die erwünschte Dominanz der Arbeiter und Bauern besaß dieser erste Kurs nicht, wobei angesichts der Urbanisierung Westsachsens ohnehin nur wenige Bauern zu erwarten gewesen waren. Die soziale Zusammensetzung ähnelt jener der erfolgreichen Teilnehmer an der Begabtenprüfung. Der Anteil der Arbeiter lag unter einem Drittel. Das dürfte dem realen Bildungsbedürfnis von jungen Menschen aus dieser Klasse entsprochen haben.

Ein weiteres Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses nach Beginn des Kurses wurde bald untragbar. Die verschiedenen Aufrufe vom Februar 1946 ließen die Absicht der Politiker erkennen, mit dieser Regelung auch die Schüler finanziell sicherzustellen. Einige der Verantwortlichen erkannten aber, daß Berufstätigkeit neben einem Unterricht von 28 Wochenstunden den Erfolg der Kurse gefährdete. Holtzhauer beantragte am 22. März beim Rat der Stadt Leipzig, alle aus der Stadtverwaltung delegierten Arbeiter von jeder Betriebsarbeit freizustellen.⁴⁵ Auf der ersten Zusammenkunft der Leiter der sächsischen Vorbereitungskurse am 25. 5. 1946 berichtete Herbert Schaller, daß nur noch 20 Leipziger Schüler im Arbeitsprozeß stünden. Der Vorstoß für eine generelle Freistellung rief Dogmatiker auf den Plan. Der Direktor der Chemnitzer Vorbereitungskurse meinte, durch ein *Herausnehmen aus dem Arbeitsprozeß würden die Schüler ihrer Gesinnungsgrundlage entrissen.*⁴⁶ Schließlich griff am 22. 7. die Landeskommission zur Förderung des Arbeiterstudiums ein und verlangte eine Freistellung aller Schüler ab 1. August.⁴⁷ Diese blieb endgültig. In den folgenden Kursen gab es von Anfang an

⁴³ UAL, Rektor 304, Bd. 1, fol. 92. Auf heftigen Widerspruch der Leipziger Dekane stieß der Vorschlag H. Häntzsches vom 19. 5. 1947 (ebd., fol. 94 und 104), während zwei Drittel des Studiums spezielle Förderkurse für diese Studenten einzurichten, damit sie sich im letzten Drittel dem „normalen“ Niveau angenähert hätten.

⁴⁴ UAL, ABF 015 – Das waren auch Hausfrauen und Bewerber, die infolge von Kriegsteilnahme oder -gefangenschaft keinen Beruf erlernen konnten. Eine andere Statistik (POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 243) nennt 36,0 % Arbeiter, 61,8 % „Sonstige“ und 2,2 % Bauern. Die Unterschiede belegen auch die Unzulänglichkeiten bzw. Unschärfen bei der Erfassung der einzelnen sozialen Gruppen. Der Frauenanteil war nach POEGGEL, Bl. 37 im ersten Kurs am höchsten (27,6 %) und sank danach kontinuierlich auf zuletzt 16,4 % im Jahre 1950 ab.

⁴⁵ StadtA Leipzig. StVuR 4969, fol. 9.

⁴⁶ UAL, ABF 001, fol. 10; POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 69 ff.

⁴⁷ KASPER (wie Anm. 8), Bl. 108f.; POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 69 ff. Das wurde nicht an allen Standorten der sächsischen Vorbereitungskurse sofort realisiert. Ursula GRABS, *Der Kampf und die Leistung der SED-Landesparteiorganisation Sachsen zur Herausbildung einer neuen wissenschaftlich-technischen Intelligenz aus den Reihen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes mit der Durchsetzung des Arbeiterstudiums im Lande Sachsen 1945–1949*, Diss. Dresden 1974 [masch.-schr.], Bl. 36f., führt die hohe Fluktuationsrate im Landesmaßstab (197 von 838 Teilnehmern) mit auf die doppelte Belastung zurück.

keine Arbeitsverhältnisse mehr. Die Landeskommission bemühte sich inzwischen um eine Stipendienregelung.

Die zentrale und die regionalen Abteilungen für Volksbildung der SMA widmeten den Kursen ungeachtet kritischer Meinungen in den eigenen Reihen große Aufmerksamkeit. Ein Artikel der von der Abteilung Propaganda der SMAD kontrollierten „Täglichen Rundschau“ vom 21. 2. 1946 über „Eindrücke aus Leipzig“⁴⁸ verband die hohe Erwartungshaltung mit unterschwelliger Kritik. Er ging von der notwendigen Neugestaltung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft aus, spielte auf den Weg von sozial Schwachen über das „Werkstudium“ an die Hochschule in der Weimarer Republik an und forderte, *der zukünftige deutsche Arbeiterstudent muß in der Lage sein, sich ganz dem Fachstudium zu widmen, ohne gezwungen zu sein, das Studium infolge wirtschaftlicher Komplikationen unnötig in die Länge zu ziehen*. Mit anderen Worten, Arbeit neben dem Studium (oder Vorstudium) war hinderlich. Oberstes Prinzip muß stets bleiben, daß Leistung und Begabung allein entscheiden. Das war eine deutliche Absage an jene, für die „Eignung“, festgestellt in Eignungsgesprächen, Priorität besaß. Folgt man Haritonow, so erfuhr die Abteilung Volksbildung der SMA Sachsens im Unterschied zur Informationsabteilung von der Einrichtung der Vorkurse im Land erst, als die Vorbereitungen durch die deutsche Verwaltung abgeschlossen waren.⁴⁹ Danach begann sie sofort, Lehrpläne, Lehrkräfte, Studenten und den Finanzplan zu überprüfen. Vor allem wegen diesem gab es längere Auseinandersetzungen mit der DVV in Berlin. In der ersten Zusammenkunft der Leiter der sächsischen Vorbereitungskurse wurde deutlich gemacht,⁵⁰ daß die SMAD einen Abschluß auf dem Niveau der höheren Schule erwartete. In der Praxis waren deren Ratschläge und Eingriffe allerdings wenig hilfreich. Am 16. und 17. Juli 1946 besuchte der in Sachsen für das Hochschulwesen zuständige Major Pluschnikow, im Zivilberuf Dozent an der Universität Charkow,⁵¹ die Leipziger Vorkurse und forderte die sofortige Erhöhung des Unterrichtsvolumens in Mathematik, Physik und Chemie.⁵² Rosemarie Sacke-Gaudig beschwerte sich zwar beim Referenten für das Arbeiterstudium in der Landesregierung und wies auf das Verbot hin, den Stundenplan zu

⁴⁸ Tägliche Rundschau 43 (1946), S. 5, unter dem Titel „Arbeiterschaft und Universität. Eindrücke aus Leipzig“. Wer den mit N. Orlow unterzeichneten Artikel verfaßte, läßt sich nicht genau bestimmen, da das Pseudonym von mehreren sowjetischen Mitarbeitern benutzt wurde; Peter STRUNK, Pressekontrolle und Propagandapolitik der sowjetischen Militäradministration in Deutschland [SMAD], Phil. Diss. FU Berlin 1989, S. 97; ähnlich Rudolf REINHARD, Zeitungen und Zeiten, Köln 1988, S. 99f.

⁴⁹ HARITONOW (wie Anm. 19), S. 226f.

⁵⁰ UAL, ABF 001, fol. 10f. Bei einzelnen Mitarbeitern der Abteilung Volksbildung der SMAD überwog allerdings Skepsis. So vermerkt NIKITIN (wie Anm. 9), S. 75 „Die Qualität der Ausbildung [in den Vorkursen] entsprach außerdem in keinster Weise den Anforderungen, die einem Universitätsstudenten zu stellen waren.“

⁵¹ Zur Person Pluschnikows und seiner Tätigkeit HARITONOW (wie Anm. 19), S. 55 ff.

⁵² UAL, ABF 015, fol. 5, 11 und 13; vgl. auch SächsHStA Dresden, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Nr. 1417, fol. 610.

verändern, aber der Major beharrte auf seiner Forderung und setzte vier weitere Unterrichtsstunden in Mathematik sowie je zwei in Chemie und Physik durch, zu denen drei Deutschstunden für Schüler mit Rechtschreibschwäche kamen.⁵³ Eine erhöhte Stoffschüttung zwei Monate vor der Prüfung war kontraproduktiv, abgesehen von dem fragwürdigen Weg, über mehr Unterricht bessere Leistungen zu erzielen. Die in der DDR-Geschichtsschreibung hoch gelobte sowjetische Hilfe⁵⁴ erwies sich im konkreten Fall eher als Belastung für das Bildungsziel.

Bei der Planung der zweiten Vorbereitungskurse wurden einige schwerwiegende Mängel der ersten beseitigt. Die Gesamtdauer betrug nun ein Jahr. Die noch im Sommer 1946 diskutierte Absicht,⁵⁵ acht Wochen nach Beginn des zweiten Zyklus die besten Schüler herauszunehmen und verkürzt in sechs Monaten zu einem Abschluß zu führen, entfiel. Drei Monate nach Beginn des Kurses mußte sich in einer Prüfung entscheiden, ob die Schüler intellektuell den Anforderungen des Unterrichts gewachsen waren. Zwölf verließen nach diesem Test den Leipziger Kurs.⁵⁶ Die nunmehr einheitliche Zahl von 34 Unterrichtsstunden nahm die von Pluschnikow durchgesetzten Erhöhungen zurück und suchte nach mehr Ausgewogenheit.⁵⁷ Die Trennung des Gesamtkurses in einen gesellschaftswissenschaftlichen und in einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig sollte die Schüler besser auf ihre zukünftigen Studienfächer vorbereiten. Erstmals gab es das Fach Geschichte an Stelle der bisher in Leipzig von Dr. Schaller „ersatzweise“ gelehrtene Soziologie, die tatsächlich Grundlagen des Marxismus vermittelte. Der Zeitrahmen für allgemeinbildende Fächer blieb jedoch eng. Weiterhin fehlte der Erdkundeunterricht völlig. Biologie wurde nur im naturwissenschaftlichen Zweig gelehrt. Die Schüler hatten auch die Wahl zwischen Russisch, Englisch und Latein⁵⁸ als Fremdsprache. Im gesellschaftswissenschaftlichen Zweig gab es nur Russisch und eine Einführung in die Wirtschaftswissenschaften, mit der der zukünftige Student der Philosophie, Rechts- oder Sprachwissenschaften wenig anfangen konnte.

Zu dem Limit von 34 Wochenstunden kamen Arbeitsgemeinschaften und bei einem Teil der Schüler zur Schließung vorhandener Wissenslücken der Besuch von Volkshochschulkursen, so daß die tatsächliche Höhe des Unterrichts bei etwa 40 Stunden lag. Da „gesellschaftliche Arbeit“, d. h. Versammlungen etc., bald einen erheblichen Raum einnahm, blieb eine sehr begrenzte Zeit zur Verarbeitung des Unterrichtsstoffes – selbst bei einem langen individuellen Arbeitstag!

⁵³ POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 71 ff.

⁵⁴ Etwa POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 77 ff.; KASPER (wie Anm. 8), Bl. 48 ff.; LAMMEL, Arbeiter und Bauern (wie Anm. 22), S. 321.

⁵⁵ UAL, ABF 001, fol. 15; Gespräch Dr. Schaller/Häntzschke am 3. 7. 1946. LAMMEL, Weiterer Ausbau (wie Anm. 27), S. 55.

⁵⁶ SächsHStA, Dresden, LRS, Ministerium für Volksbildung. Nr.1417, fol. 408 ff. .

⁵⁷ Studentafel bei POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 70.

⁵⁸ Am 7. 12. 1948 ordnete das sächsische Ministerium für Volksbildung an, diesen Abschluß in Latein dem kleinen Latinum gleichzusetzen (ebd., Bl. 172, Anm. 135).

Die Zahl der Teilnehmer des zweiten Kurses war in Sachsen leicht rückläufig. In Leipzig lag sie auf der gleichen Höhe wie beim ersten, dieses Mal hatten sich etwa 1000 junge Männer und Frauen beworben.⁵⁹

Einer Erhöhung der Schülerzahl stand vor allem die starke finanzielle Belastung des Staates angesichts desolater wirtschaftlicher Verhältnisse in der SBZ im Winter 1946/47 entgegen.⁶⁰ Die Vorstudienanstalten erforderten erhebliche zusätzliche Mittel allein schon für den allgemeinen Aufwand, die Bezahlung der Dozenten und eine zunächst minimale soziale Unterstützung der Teilnehmer. Nachdem im ersten Kurs eine begrenzte Zahl von Beihilfen ausgezahlt worden war,⁶¹ erhielten seit dem zweiten Kurs alle ein bescheidenes Stipendium: Alleinstehende 70 Mark, Verheiratete 100 Mark.⁶² Eine nennenswerte Unterbringung im Wohnheimen und damit eine „Erziehung in Internaten“⁶³ fand zunächst an keinem der sechs sächsischen Standorte statt, da vorerst räumliche Voraussetzungen fehlten. Um die Stipendienzahlung zu ermöglichen, zentralisierte die Landesverwaltung in zwei Schritten die bisher in Stiftungen für Hochschulen angelegten Gelder. Die „Verordnung über die Bildung eines Fonds zur Förderung des Arbeiterstudiums und unbemittelter Schüler und Studenten“ vom 17. 5. 1946 rief einerseits zur finanziellen Unterstützung der Arbeiterstudenten durch Spenden auf, kündigte aber schon an, daß die vorhandenen Stipendienmittel in die Hand des Staates übergingen.⁶⁴ Sie wurden Teil einer neu geschaffenen „Sozialen Studentenhilfe“ (SoSt.) über deren Rahmen und Kompetenz der Sächsische Landtag debattierte. Das am 17. 12. 1947 verabschiedete Landesgesetz⁶⁵ regelte die Verwaltung aller zur Unterstützung von Studenten, Schülern u. a. vorhandenen Mittel neu. Die Aufsichtsrolle des in der Weimarer Republik entstandenen und nach 1945 nicht neu belebten Studentenwerkes⁶⁶ war damit auch de jure beendet.

⁵⁹ Die Angaben zur Gesamtzahl in Sachsen weichen in den einzelnen Quellen voneinander ab. StadtA Leipzig, StVuR 4568, fol. 11. LAMMEL, Weitere Ausbau (wie Anm. 27), S. 57, nennt die Zahl 800. Zur Zahl der Bewerber in Leipzig: StadtA Leipzig, StVuR 4269, fol. 9. In Chemnitz wurden aus 676 Bewerbern 135 für den 2. Kurs ausgewählt; Universitätsarchiv Chemnitz (im folgenden: UAC), ABF I, 6, fol. 3.

⁶⁰ Harald WINKLER, Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945–1970, Wiesbaden 1974, S. 28/29.

⁶¹ POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 94. Eine Liste von Studenten, die Beihilfe erhielten: StadtA Leipzig, StVuR 4262, fol. 9. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß unter den Bewerbern einige Arbeitslose waren, für die kein Betrieb Kosten übernahm (UAC, ABF I, 11, fol. 4 ff.).

⁶² StadtA Leipzig, StVuR, 4569, fol. 11.

⁶³ SCHNEIDER, Chancengleichheit (wie Anm. 5), S. 975 ff.

⁶⁴ Verordnungsblatt der Landesverwaltung Sachsen, Nr. 19 (1946) vom 10. 8. 1946.

⁶⁵ Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, veröffentlicht durch die Landesregierung Sachsen, 3 (1947), Nr. 23, S. 581 ff.; POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 99 ff.; KASPER (wie Anm. 8), Bl. 114.

⁶⁶ Werner PFEIFFER, Fünfzehn Jahre Studentenwerk in Leipzig. Lebendige Zusammenarbeit von Dozenten und Studenten, in: Offenes Visier 8 (1937), S. 5; Siegfried HOYER, Der Leipziger Oberbürgermeister und die Wiedereröffnung der Universität 1946, in: Erich Zeigner – Bildungsbürger und Sozialdemokrat, hrsg. von Michael RUDLOFF, Leipzig 1999, S. 176–187.

Als im folgenden Jahr der Leipziger Studentenrat unter der Führung von Wolfgang Natonek gegen die Regelung mit dem Argument Sturm lief, das neue Landesgesetz entziehe die Stipendien der studentischen Selbstverwaltung, hatten die Kritiker aus zwei Gründen schlechte Karten. Einmal stimmten im Landtag auch die noch bis zu einem gewissen Grad mit kritischen Persönlichkeiten durchgesetzten Parteien LDP und CDU dem Gesetz zu, und dann gehörten dem neu gebildeten Landesausschuß zur Verwaltung der Mittel neben Beauftragten der Hochschulen auch solche der gewählten Studentenvertretungen an, allerdings dominiert durch die Zahl der Mitglieder von SED und den von ihr gelenkten Massenorganisationen.⁶⁷ Die Vereinnahmung der bisher von unabhängigen Gremien verwalteten Stipendienstiftungen durch den Staat war nur eines der Felder, auf denen über Regelungen für die Vorkurse auch Veränderungen an den Hochschulen durchgesetzt wurden.

Die Kommission zur Förderung des Arbeiterstudiums leitete schon vor dem Abschluß des ersten Kurses eine neue Werbekampagne ein, um vor allem junge Arbeiter für die Vorbereitung auf das Universitätsstudium zu gewinnen. Über die Resonanz dieser mehrere Jahre andauernden und mit größeren oder geringeren Anstrengungen geführten Propaganda in den Betrieben, bei den Interessenten bzw. ihren Familien gibt es nur punktuelle Angaben.⁶⁸ Für Sachsen blieb *die Gewinnung von Betriebsarbeitern und Kindern von werktätigen Bauern bzw. jungen Menschen, die selbst als Landwirte tätig waren, im Untersuchungszeitraum ein ständiges Problem.*⁶⁹

Die intensivierete Werbung ist auf dem Hintergrund einer schärferen Auslese zugunsten von Arbeitern und Bauern zu verstehen, auf die seit 1948 auch die Besatzungsmacht drängte, um die demokratische Umgestaltung (d. i. Sowjetisierung) der Universitäten zu beschleunigen. Im Studienjahr 1948/49 sollten mindestens 50 Prozent der immatrikulierten Studenten Arbeiter und Bauern sein.⁷⁰ Bei der Auswahl zum dritten Kurs im Herbst 1948 wurde zunächst in Sachsen das Prinzip der Delegation angewandt.⁷¹ Vorschlagsrecht besaßen die Gewerkschaften (FDGB), die Bauernhilfe (VdGB) und die Verfolgten der Nazizeit (VVN). Infolge der verschärften Auslese für den dritten Kurs begannen von den 650 Bewerbern in Leipzig nur 282 den Unterricht,⁷² obwohl 300 Plätze zur Verfügung standen. Die Kommission mußte 80 Prozent der Zulassungen für Arbeiter und Bauern ausge-

⁶⁷ Der Landesausschuß bestand bis 1950. Danach war allein der Staat und seine Organe für die Stipendienzahlung zuständig. KASPER (wie Anm. 8), Bl. 117.

⁶⁸ SCHNEIDER, Grenzen (wie Anm. 24), S. 147 ff.

⁶⁹ KASPER (wie Anm. 8), Bl. 163.

⁷⁰ NIKITIN (wie Anm. 9), S. 44.

⁷¹ PÖGGEL (wie Anm. 1), Bl. 106. In den anderen Ländern der SBZ erfolgte diese Reglementierung später, bis 1950.

⁷² UAL, Rektor 304, Bd. 1, fol. 120. Aktennotiz über eine Sitzung der Kreiskommission zur Förderung des Arbeiterstudiums vom 26. 8. 1947.

ben. So blieben eher Plätze frei! Wer mit den internen Vorgängen nicht vertraut war, mußte den Eindruck gewinnen, daß es zuwenig Interessenten gab.

Die individuelle Bewerbung zur Vorbereitung auf ein späteres Studium war nun politisch kanalisiert. Zwar standen diese Organisationen unter einem Erfolgszwang, möglich viele Interessenten gefördert zu haben, andererseits war dies an politisches Wohlverhalten der Bewerber gebunden. Das ursprünglich verkündete Egalitätsprinzip verblaßte zugunsten sozialer Profilierung und politischer Zuverlässigkeit. Das praktizierte Aufnahmeverfahren begünstigte Fehlentscheidungen der Aufnahmekommission und willkürliche Eingriffe stärker als die normale Leistungsbewertung für die Befähigung zur Oberschule. Auf der ersten „Tagung sozialistischer Arbeiterstudenten“ des zweiten Vorbereitungskurses am 7. und 8. Juni 1947 in Leipzig begründete ein Vertreter des Zwickauer Vorkurses die hohe Fluktuation (27 von 82 Teilnehmern = mehr als 30 %) mit der Feststellung, *die Auswahl erschien zu oberflächlich, denkende Bewerber wurden abgelehnt, Blender aufgenommen*. Zudem sei der Wissensstand, auf dem aufgebaut wurde, zu gering.⁷³ Der Sekretär des Chemnitzer Komitees für das Arbeiterstudium resümierte nach der Auswahl für den 2. Vorkurs, *wir waren allerdings gezwungen, begabte Schüler auszuschneiden, wenn der Vater einen bürgerlichen Beruf (z. B. Kaufmann oder Kolonialwarenhändler) hatte. Das geschah auf Anordnung des Landesausschusses zur Förderung des Arbeiterstudiums*.⁷⁴

Die starke Fluktuation war ein Problem aller Vorkurse in der SBZ und nicht nur auf Mängel in der Auslese zurückzuführen. Relativ spät erregte sie überhaupt das Interesse der staatlichen Stellen. Als eine Überprüfung der Vorstudienanstalt in Rostock „einen gewissen Abgang an Vorstudenschülern“ ergeben hatte, forderte das Ministerium für Volksbildung in Dresden am 7. 1. 1949 von allen sächsischen Standorten statistische Unterlagen an.⁷⁵ Sie liegen nur von Leipzig, Chemnitz und Görlitz vor und weisen ebenfalls einen vorzeitigen Abgang zwischen 17 % und über 30 % der Schüler eines Kurses auf. Gesundheitliche, wirtschaftliche oder vielfältige persönliche Gründe halten sich mit denen „durch Entscheid der Vorstudienanstalt“, die fachlicher, disziplinärer oder politischer Natur waren, die Waage.

Einen Anreiz für die Männer und Frauen aus den sozial schwachen Schichten bildete die Erhöhung des Stipendiums (wiederum in Sachsen) auf einheitlich 150 Mark im Monat,⁷⁶ ein damals auch an den Universitäten selten erreichter Satz. Dennoch wurden nun die Kontingente trotz des Überangebotes von Bewerbern im Unterschied zum ersten Kurs nicht mehr voll ausgeschöpft.⁷⁷

⁷³ SächsHStA Dresden, Ministerium für Volksbildung, Nr. 1362, fol. 309.

⁷⁴ UAC, ABF I/6, fol. 3.

⁷⁵ Ebd., Nr. 1398, fol. 2, 5 ff.

⁷⁶ Dokumente zur Geschichte der Arbeiter- und Bauernfakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR, hrsg. von Hans-Joachim LAMMEL, T. 1.: 1945–1949, Berlin 1987, S. 101.

⁷⁷ GRABS (wie Anm. 47), Bl. 104 ff.

Kurs	VStA Chemnitz			Görlitz			Leipzig		
	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.
Aufgenommen	185	136	176	44	98	113	225	236	289
Nicht erschienen	3	/	/	/	12	11	/	/	/
Abgang eigene Initiative	65	17	15	14	10	6			
Abgang. auf Veranl. d. VstA	/	9	9	/	13	9			
Gesamtabgang	68	26	24	14	35	26	76	84	79
% je Jahrgang	36,5	19,1	13,3	36,1	35,7	23,0	33,8	35,6	31,7

Als Folge der Reglementierung stellten sich die gewünschten Ergebnisse in der sozialen Zusammensetzung der Kursteilnehmer ein. In Sachsen waren von den 911 Teilnehmern des 3. Vorbereitungskurses 81,2 % Arbeiter⁷⁸; in Leipzig lag die Quote mit 76,7 % bzw. 83,2 % etwa gleich hoch⁷⁹. Sie hatte sich gegenüber dem ersten Kurs (36,6 %) mehr als verdoppelt und war im Vergleich zum 2. Vorkurs (57 %) um fast 50 % gestiegen. Gemäß den Vorgaben mußte sie weiter steigen, so daß in dem nunmehr zweijährigen vierten Lehrgang (1948/49) 93,2 % aus der Arbeiterschaft und 5,3 % aus der Bauernschaft stammten. Für „Sonstige“ (Angestellte, freie Berufe etc.) blieben nur 1,5 %. Im Vergleich zum Bildungsdrang junger Menschen, die keine Möglichkeit gehabt hatten, ein Abitur abzulegen, gab es nun eine „Gegenprivilegierung.“⁸⁰ Delegation und soziale Auslese hatten die Begabung als entscheidende Voraussetzung für die Vorbereitungskurse verdrängt.

Die Kontroverse zwischen der SMA Sachsens und der DVV über die Finanzierung der Kurse im Frühsommer 1946 führte zunächst zu einer Verlagerung der Kosten für das Arbeiterstudium in Sachsen auf den Zonenhaushalt. Anfang 1947 signalisierte die DVV, daß dies 1947 nicht fortgeführt werden könne. Das Ministerium für Volksbildung in Dresden wandte sich deshalb am 27. 1. 1947 mit der dringenden Bitte an die SMA Sachsens, zusätzliche Mittel für die Kurse bereitzustellen, da diese sonst ab 1. 2. 1947 eingestellt werden müßten.⁸¹ Weil die Finanzdecke in der gesamten SBZ als Folge von Kriegszerstörung, Demontagen von Betrieben

⁷⁸ Ebd.; LAMMEL, Dokumente (wie Anm. 76) nennt nach einer zentralen Statistik vom Mai 1948 für Sachsen nur 68 %.

⁷⁹ POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 243 (Anhang). Die leistungsstärksten Teilnehmer des dritten Kurses sollten bereits nach einem Jahr abschließen, die schwächeren nach 2 Jahren. Für diesen Kurs wurden im Frühjahr 1948 nochmals Schüler aufgenommen, die 1½ Jahre später den Abschluß erreichen sollten.

⁸⁰ Rainer GEISLER, Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur sozialstrukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Opladen 1992, S. 228.

⁸¹ SächsHStA Dresden, Landesregierung Sachsen, Min.-Präs. Nr. 191, fol. 162. Es handelt sich um Mittel in Höhe von 436 000 Mark, die aus dem genehmigten Haushalt nicht aufzubringen waren.

und Reparationen äußerst dünn war, versuchte zur gleichen Zeit auch die Finanzabteilung der SMAD die Mittel für die Berliner Vorkurse zu streichen.⁸² Der Präsident der DVV, Paul Wandel, konnte das nur durch persönliche Intervention beim Chef der SMAD verhindern. Insofern war die Finanzierungskrise in Sachsen Bestandteil eines allgemeinen Vorstoßes der SMA gegen die hohen Ausgaben für das Arbeiter- und Bauernstudium.

In Sachsen genehmigte die SMA für die Vorstudienkurse weitere Mittel im Landeshaushalt. Sie betragen 1947 insgesamt 1 658 000 Mark, Beihilfen, Unterstützungen etc. eingeschlossen.⁸³ Monate nach der Finanzierungskrise wirft ein Brief des Chefs der SMAS an den Ministerpräsidenten Max Seydewitz vom 26. 9. 1947 ein Licht auf erhebliche Spannungen zwischen Besatzungsmacht und sächsischer Regierung u. a. wegen der Vorstudienanstalten. Dem Brief war eine routinemäßige Überprüfung der verausgabten Haushaltsmittel für „Anstalten“ im Bereich des Volksbildungsministeriums auf Anordnung der SMA vorausgegangen. Scharf wird die generell höhere Beantragung von Geld im Vergleich zu den Ausgaben gerügt. Die Aufstellung zeigt allerdings, daß die Besatzungsbehörde in keinem Fall die beantragte Summe bewilligt hatte, das Ministerium folglich mehr fordern mußte als Ausgaben vorgesehen waren. Gerügt werden auch Einzelheiten wie der fehlende Überblick über die tatsächliche Höhe der Lehrerbesoldung im Monat und, für die Vorbereitungskurse, ein Bestand von nur ca. 40 % des Lehrkörpers in einem Kurs. Die SMA folgert, *das Ministerium untergräbt dem Wesen nach die Demokratisierung der Hochschulen. Sie weist an, die Kurse zur Vorbereitung der Arbeiter für ein Hochschulstudium vollständig zu entwickeln und sie mit entsprechend qualifiziertem Lehrpersonal zu versehen.*⁸⁴

Daß „reaktionäre und konservative Elemente“ im Volksbildungsministerium diese Mängel verursachten,⁸⁵ ist weniger wahrscheinlich als Dilettantismus einer noch jungen, in Verwaltungsangelegenheiten unerfahrenen Behörde. Die Kritik an der Unvollständigkeit des Lehrkörpers der Vorstudienanstalten traf einen wunden Punkt. Ein Bericht über die Veränderungen nach dem 1. Vorkurs in Chemnitz resümiert: Es ist nicht gelungen, ein stabiles (Lehrer)kollektiv zu schaffen. Von den 24 Lehrkräften arbeiten nur 3 voll für das Arbeiterstudium. Deshalb können keine gemeinsamen Konferenzen durchgeführt werden. Da die regelmäßige Gehaltszahlung nicht gesichert ist, könne man auch niemanden verpflichten.⁸⁶ Zu den allgemeinen Mängeln an qualifizierten Fachlehrern, die nicht in der NSDAP gewesen waren, kamen politische Gründe und die Forderung nach einer Politisierung des

⁸² SCHNEIDER, Grenzen (wie Anm. 24), S. 140.

⁸³ UAC, ABF I/11, fol. 1, Kapitel 55 D für das Rechnungsjahr.

⁸⁴ Eine Abschrift der Übersetzung, die im SächsHStA Dresden nicht auffindbar war, in UAC, ABF I/11, fol. 93f. Auszug bei LAMMEL, Dokumente (wie Anm. 76), S. 110.

⁸⁵ KASPER (wie Anm. 8), Bl. 51.

⁸⁶ UAC, ABF I/6, fol. 7; ähnlich POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 65 (für Leipzig).

Unterrichts.⁸⁷ Nach einer Inspektion der Vorbereitungskurse in Plauen i. V. schrieb Dr. Schaller am 29. 1. 1948 an Häntzsche:⁸⁸ *In Plauen findet keine Arbeiterbildung, sondern Arbeiterverbildung statt. Alles was an sozialistischer Ideologie vorhanden war, wird durch Bewußtseinsbeeinflussung im Unterricht systematisch zerschlagen.* Für das politische Versagen wurde der Leiter verantwortlich gemacht und umgehend abgelöst.

In ihrer politischen Einstellung unterschied sich die Masse der Schüler an den Vorstudienanstalten von denen der Oberschulen und von den Studenten der ersten Nachkriegssemester⁸⁹ in der SBZ. Begünstigt durch das Drängen der SED-Führung, die Bewerber für die Vorstudienanstalten in den Betrieben kritisch auszulesen und von den zuständigen Parteileitungen nach personalpolitischer Überprüfung bestätigen zu lassen,⁹⁰ gab es bereits im 1. Vorkurs den hohen Prozentsatz von 161 SED-Mitgliedern bei 243 Teilnehmern (66,25 %). Zu Beginn des 2. Vorkurses stieg sie auf 163 von 263 (69,1 %) und lag 3 Monate später bei 207 (87,7 %).⁹¹ Leipzig stand mit diesen Zahlen allerdings an der Spitze aller sächsischen Vorstudienanstalten und weit vor den Einrichtungen in den anderen Ländern der SBZ.⁹²

Die Klassen wählten im 1. und 2. Kurs zunächst zwei Sprecher, aus denen sich ein Hörerrat für den gesamten Vorkurs konstituierte. Ein Statut besaß dieser offenbar nicht. Die Gewählten vertraten elementare Interessen der Schüler im Unterricht. Ob sie ein Mitspracherecht besaßen, wenn es zu Relegierungen von Schülern aus den Kursen kam, ist nicht festzustellen. Zu Beginn des 2. Kurses in Leipzig entstand eine SED-Parteiorganisation, die, gemäß dem Verständnis der Partei als „führende Kraft der Arbeiterklasse“, das politische Zentrum der Vorstudienanstalt mit weitgehendem Einfluß auch auf die Leitung und die Dozenten der Kurse wurde. Sie unterstand der Betriebsparteiorganisation der Universität, mit der die Vorkurse selbst noch nichts zu tun hatten.

Studentenräte, die Ende 1946 von der DVV an den Universitäten zugelassen wurden,⁹³ sollte es an den Vorstudienanstalten nicht geben. Für sie strebten die Bildungspolitiker eine andere Regelung an und legten im Dezember 1947 ein Sta-

⁸⁷ Politisierung im Sinne des Primats der Politik im Unterricht und dem Vorzug von Erziehung vor Bildung. Heinz-Elmar TENORTH (u. a.), Politisierung im Schulalltag der DDR, Weinheim 1996, S. 245 ff.

⁸⁸ Zitiert nach KASPER (wie Anm. 8), Bl. 199.

⁸⁹ Zunächst dürfte es nur geringe Unterschiede zwischen den Universitäten und Hochschulen der vier Besatzungszonen Deutschlands gegeben haben; vgl. Waldemar KRÖNING/Klaus-Dieter MÜLLER, Nachkriegssemester. Stuttgart 1990.

⁹⁰ SCHNEIDER, Grenzen (wie Anm. 24), S. 155 ff.

⁹¹ UAL, ABF 005, fol. 1; KASPER (wie Anm. 8), Bl. 199, 280.

⁹² KASPER (wie Anm. 8), Bl. 193.

⁹³ UAL, Rektorat Bd. 48,1, fol. 1. Die Wahlen genehmigte am 17. 12. 1946 die DVV. In der 3. Tagung (September 1946) regte der Zentralrat der FDJ solche Wahlen an. Elke STODOLKA, Die Entwicklung der FDJ-Hochschulgruppe der Universität Leipzig 1945/46-1955, Phil. Diss. Leipzig 1984 [masch.-schr.], Bl. 16f.

tut der Hörer selbstverwaltung vor.⁹⁴ Der Unterschied zu den Studentenräten ist evident. Diese waren Vertretungskörperschaften und Foren des Kampfes unterschiedlicher politischer Gruppen. Sie mischten sich auch mit kritischen Vorschlägen in die Hochschulpolitik ein, z. B. in die Zulassung zum Studium. Die Hörer selbstverwaltungen besaßen demgegenüber einen politischen Erziehungsauftrag, nämlich die „Schüler zu fortschrittlich-demokratisch denkenden Menschen“ zu formen und jene zu bekämpfen, die sich ein(es) den Grundsätzen des Arbeiterstudiums widersprechenden Verhaltens schuldig gemacht hatten.⁹⁵ Nicht eine Partnerschaft zu Schulleitung und Staat sollten gefördert werden, sondern Einordnung und antifaschistisch-demokratische Überzeugungen, die leicht zu sozialistischen mutieren konnten.⁹⁶ Das entsprach im übrigen dem Demokratieverständnis der meisten Offiziere der Besatzungsmacht, wie eine Äußerung von Major Pluschnikow über die Aufgaben des Leipziger Studentenrates zeigt.⁹⁷

Infolge der politischen Zusammensetzung herrschte in den Klassen der Vorkurse eine scharfe, „parteiliche“ Atmosphäre in Kongruenz mit dem Unterricht des politischen Kerns der Dozenten. Die Stellvertreterin Schallers sorgte sich nach der ersten Konferenz der Leiter aller Vorstudienanstalten in der SBZ im Mai 1947 weniger um den Fachunterricht als um die politische Erziehung der Schüler, der bisher *bei weitem nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Es müsse gelingen, im Teilnehmer des Vorbereitungslehrganges einen unbeirrbaren wissenschaftlichen Instinkt zu entwickeln, der ihn spüren läßt, wo immer eine dem Marxismus feindliche Ideologie sich kund tut.*⁹⁸

Das politische Klima tangierte zunächst jene weniger, die sich in dieser Frage zurückhielten und vorrangig auf das Lernen setzten, wenn sie nur „im Strom mit schwammen“ und gelegentlich Bereitschaft zu „gesellschaftlichen Aufträgen“ zeigten. Zahlreiche Angehörige der jüngeren Generation, die durch den Krieg besonders in Mitleidenschaft gezogen worden war, identifizierten sich zudem mit zentralen Parolen wie „nie wieder Krieg“, „Freundschaft mit allen Völkern“ und sympathisierten mit einem radikalen Neubeginn.⁹⁹ Betroffen waren die Eigensinnigen und die Außenseiter. Sie stießen mit den indoktrinierten Wortführern zusammen und mußten im Einzelfall die Vorstudienkurse verlassen.

Der Prozentsatz an Ausschlüssen wegen Mangel an „fortschrittlicher Haltung“ ist nicht exakt festzustellen, da er in den Statistiken der Gruppe jener zugeordnet

⁹⁴ Text bei POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 230.

⁹⁵ Ebd., Einleitung und § 16. Beide Dokumente waren vom Ministerialrat im Volksbildungsministerium Prof. Simon unterzeichnet. Ein inhaltlicher Vergleich steht aus.

⁹⁶ POEGGEL (wie Anm. 1), Bl. 44 ff.

⁹⁷ Pluschnikow warf im Mai 1947 dem Leipziger Studentenrat vor, *seine Aufgabe, die in erster Linie eine Erziehungsaufgabe zur Demokratie ist, nur mangelhaft erfüllt* [zu haben]. Zitiert nach Hans-Uwe FEIGE, Leipziger Studentenopposition 1945–1948, in: Deutschland-archiv 26 (1993), S. 1061.

⁹⁸ UAL, ABF 016, fol. 1.

⁹⁹ Peter GRUNER, Die Neulehrer. Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 38,39/1999, S. 29.

ist, die „auf Veranlassung der Vorstudienanstalt“ den Kurs beenden mußten, u. a. auch wegen Leistungsschwäche. Wenige herausragende Vorgänge wurden aktenkundig, wenn es zu öffentlichen Auseinandersetzungen kam und die vom Ausschluß Bedrohten sich wehrten.¹⁰⁰ Eine Relegierung von Oberschülern aus politischen Gründen hatte es im übrigen in der ersten Demokratie auf deutschem Boden 1918–1933 nicht gegeben, sehr wohl allerdings unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Die Fortsetzung einer solchen Praxis verkehrte die humanistische Parole „gleiche Bildungschancen für alle“ in das Gegenteil!

Mit der Verlängerung der Kurse und einer Verbesserung der Unterrichtstätigkeit erhöhte sich etwa seit 1948/49 die Qualität der Abschlüsse. An die Stelle von Kritik durch die Professoren nach der Immatrikulation von Absolventen der Vorstudienkurse trat jetzt Lob. Die Rektoren der Universitäten Jena und Berlin, Friedrich Zucker und Walter Friedrich, hoben, nachdem sie an Abschlußprüfungen der bei ihnen zur Universität gehörenden Vorstudienkurse teilgenommen hatten, das Niveau der Absolventen hervor.¹⁰¹ Die Errichtung der Vorkurse in der SBZ war Landesangelegenheit gewesen. Ihre Lehrpläne wichen zunächst voneinander ab, und es gab unterschiedliche Aufnahmebedingungen und Leitungsabhängigkeiten. Abgesehen vom Vorkurs in Berlin spielte die sonst um Dominanz in allen Schul- und Hochschulfragen bemühte DVV in der Gründungsphase keine Rolle.¹⁰² Seit Ende 1946 versuchte sie, den Unterricht in allen Vorkursen zu vereinheitlichen. Der Vorstoß des Berliner Vorkurses vom 29. 10. 1946 in diese Richtung¹⁰³ blieb zunächst ohne Ergebnis.

Auf der ersten Zusammenkunft der Leiter aller Vorstudienanstalten in der SBZ am 28. und 29. 5. 1947 sollte diese Frage erneut beraten werden. Schon im Vorfeld schlug das Ministerium für Volksbildung Thüringens eine Eingliederung aller Vorstudienkurse in die Universitäten und Hochschulen vor, wie das in ihrem Land seit dem WS 1946/47 der Fall war.¹⁰⁴ Sachsen stimmte nach der Beendigung der Tagung zwar den Vorschlägen zur Vereinheitlichung von Zulassungsbedingungen, Studiendauer und Lehrplänen zu, wehrte sich aber gegen eine Aufnahme von Universitäts- bzw. Hochschulprofessoren in die Prüfungskommissionen der Vorstudienkurse und gegen deren Angliederung an die Hochschulen.¹⁰⁵ Statt Professoren wurden im Mai 1947 die regionalen Vorsitzenden der Kommissionen zur Förderung des Arbeiterstudiums, durchweg Parteifunktionäre, in die Prüfungskommissionen berufen.¹⁰⁶ Die DVV akzeptierte zunächst die sächsischen Vorbehalte als Folge der im Land praktizierten Dezentralisation.¹⁰⁷

¹⁰⁰ u. a. SächsHStA Dresden, Ministerium für Volksbildung, 1370, 1418.

¹⁰¹ NIKITIN (wie Anm. 9), S. 76.

¹⁰² SCHNEIDER, Grenzen (wie Anm. 24), S. 138f.

¹⁰³ LAMMEL, Dokumente (wie Anm. 76), S. 80f.

¹⁰⁴ Ebd., S. 94.

¹⁰⁵ Ebd., S. 102.

¹⁰⁶ KASPER (wie Anm. 8), Bl. 111.

¹⁰⁷ LAMMEL, Dokumente (wie Anm. 76), S. 106.

Das war offensichtlich nur eine Teilwahrheit. Zwar gab es für vier der sechs sächsischen Vorstudienkurse keinen Hochschulpartner „vor Ort“; es hätte sich aber über den Status von Außenstellen eine Regelung finden lassen, da zu den beiden Hochschulen Einrichtungen gehörten, die nicht am Hochschulort lagen. Ein unausgesprochener Grund bestand in den Differenzen zwischen dem Leipziger Rektor und der Landesregierung über die Immatrikulation aller Absolventen der Vorbereitungskurse ohne Rücksicht auf ihre Abschlußnote zu Lasten begabterer Bewerber aus den „nicht-proletarischen“ Schichten.¹⁰⁸ Für das allgemeine Leistungsprinzip bei allen Bewerbern plädierten im übrigen auch die Delegierten des ersten Studentenkongresses in der SBZ vom 19. 6. bis 22. 6. 1947 in Halle in der Schlußresolution mit der Forderung, „den Befähigtsten aller Schichten in gleicher Weise einen Anteil am Studium zu sichern“, aber „nicht eine schnelle, sondern eine gründliche und hochwertige wissenschaftliche Ausbildung in den Vorstudienkursen im Interesse aller Studierenden“ durchzuführen. Die Studentenvertreter befürworteten wie die DVV die der sächsischen Praxis konträr gegenüberstehende Eingliederung der Vorstudienanstalten in die Universitäten mit dem Ziel, daß *bei den Aufnahmen in die Vorstudienkurse der Einfluß der Universität gesichert sein muß*.¹⁰⁹

Sachsen konnte die Sonderstellung seiner Vorstudienanstalten nur noch bis zum Ende des Jahres 1947 bewahren. Eine Konferenz der Volksbildungsminister der SBZ beschloß am 2. Dezember 1947 einheitliche Grundsätze für deren weitere Entwicklung,¹¹⁰ die 14 Tage später (16. Dezember 1947) in Richtlinien umgesetzt wurden. Sie erklärten alle Vorstudienanstalten zu einem Teil der Universität oder Hochschule. Ihre Schüler waren von Anfang an Studenten und immatrikuliert. Bei der Bewerbung für ein Fachstudium brauchten sie sich nicht mehr einem Vergleich ihrer Abiturnote mit der anderer Bewerber zu stellen. Es blieb im übrigen bei der bisherigen Praxis, wonach nur Vertreter des Ministeriums, der Kommission zur Förderung des Arbeiterstudiums, der Direktor sowie ein Lehrer der Vorstudienanstalt der Aufnahmekommission angehörten, nicht aber der Rektor bzw. sein Beauftragter. Dieser gehörte lediglich zur Kommission für die Abschlußprüfung, in der der Kandidat nicht nur einen bestimmten Kenntnisstand, sondern auch *die für*

¹⁰⁸ Während des 1. Studentenkongresses der SBZ erklärte Rektor Prof. H.-G. Gadamer, *die Universität Leipzig hat nicht den geringsten Einfluß auf die Auswahl der Arbeiter; sie hat niemals bisher auch nur eine Prüfung mit anhören müssen*; Forum 1 (1946), Nr. 6, S. 228. Prinzipiell bejahte Gadamer, wie aus einer kurzen Rede vor Leipziger Studenten am 1. 8. 1947 hervorgeht, das Arbeiter- und Bauernstudium als *Experiment pädagogischer Art und als politische und soziale Notwendigkeit*. Hans-Georg GADAMER, Arbeiterstudium und Universität, in: Kultur und Kritik. Leipziger philosophische Zeitschrift, H. 6 (1994), S. 120.

¹⁰⁹ Forum 1 (1946), Nr. 6, S. 229.

¹¹⁰ LAMMEL, Dokumente (wie Anm. 76), S. 116.

ein Hochschulstudium notwendige allgemeine politische Reife nachzuweisen hatte.¹¹¹

Ungeachtet fortschreitender Einschränkungen durch die Vorgaben zur sozialen Herkunft der Schüler und die starke Politisierung öffneten die Vorkurse und Vorstudienanstalten die Tür zu einer Demokratisierung des Hochschulzuganges im Osten Deutschlands und besaßen, ebenso wie Reformansätze im Schulwesen der Westzonen, als Überwindung „lang zurückliegender Probleme einer neuen Sozial- und Verfassungsordnung des Bildungswesens“ revolutionäre Legitimität.¹¹² Neue Wege zum Hochschulzugang standen auch in den westlichen Besatzungszonen auf der Tagesordnung, brachten dort aber nur lokale Ansätze hervor, die keinen Bestand hatten.¹¹³ Eine Alternative zu den Vorstudienanstalten im Osten Deutschlands, die zur Überwindung der sozialen Defizite im Bildungswesen vor 1945 Angestellten und Arbeitern allein auf der Basis individuellen Leistungsvermögens den Weg zum Abitur und damit zum Hochschulstudium geöffnet hätte, blieb aus, da weder eine der großen Parteien im westlichen Deutschland noch eine andere gesellschaftliche Kraft, etwa die Gewerkschaften, für ein solches Ziel energisch eintraten. Knapp zwanzig Jahre später bezeichnete Ralf Dahrendorf die soziale Ungleichheit an den (west-)deutschen Universitäten als wesentlich ausgeprägter als in anderen, wirtschaftlich hochentwickelten Staaten, z. B. England, Schweden und den USA.¹¹⁴

Ebenso folgenreich wie die Politisierung und die soziale Auslese wurde der pädagogische Paradigmenwechsel an diesen „sozialistischen Elementen im Hochschulwesen“ der SBZ. Unter dem Einfluß der Sowjetpädagogik wandte sich der Unterricht, ehe ein gleicher Kurs in den Oberschulen und Universitäten der DDR Einzug hielt, einer „utilitaristisch-praktischen Funktion der Bildung“ auf Kosten „ihrer humanistischen und allgemeinbildenden Komponente“ zu.¹¹⁵

Bildung wurde zielgerichtete Ausbildung mit der Konzentration auf praktische Nützlichkeit und der Vernachlässigung einer kritisch-alternativen Denkschulung.

¹¹¹ Ebd., S. 117 ff. Bewerber für das Hochschulstudium in der SBZ hatten nach den „erweiterten und erläuternden Bestimmungen für die Zulassung“ vom 12. 4. 1948 lediglich eine *aktive Teilnahme an der demokratischen Entwicklung Deutschlands* zu belegen (ebd., S. 132).

¹¹² CLOER (wie Anm. 34), S. 268.

¹¹³ Am stärksten in der britischen Besatzungszone, wo das „Blaue Gutachten“ führenden Universitätsprofessoren 1947 auf Sonderkurse „in Aachen, Wilhelmshafen [und] Hamburg“ hinwies, *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, hrsg. von Rolf NEUHAUS, Wiesbaden 1961, S. 32 ff. Meist blieb es aber bei Vorschlägen u. a. *Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945/49*, hrsg. von Manfred HEINEMANN, Berlin 1997, S. 102 ff.; David PHILIPPS, *Die Wiedereröffnung der Universitäten in der britischen Zone*, in: *Bildung und Erziehung*, 36 (1983), S. 46.

¹¹⁴ Ralf DAHRENDORF, *Arbeiterkinder an deutsche Universitäten*, *Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart* 302/303, Tübingen 1965, S. 5ff, 34.

¹¹⁵ Pjotr I. NIKITIN, *Die sowjetische Militäradministration und die Sowjetisierung des Bildungssystems in Ostdeutschland 1945–1949*, in: *Bildung und Erziehung* 45 (1992), S. 406.

Die Favorisierung der proportionalen Chancengleichheit gegenüber der Elitebildung, die der raschen, am Anfang überstürzten Heranführung von Arbeitern und Bauern an das Hochschulstudium zugrunde lag, nahm bewußt Verstöße gegen das Leistungsprinzip in Kauf, die letztlich zu Lasten der ökonomischen Effizienz der Bildung gingen.¹¹⁶ Ob durch den Ansatz Vorstudienanstalten und später die Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF) die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems geschwächt, „eine Legitimation in der Bevölkerung aber gestärkt wurde“¹¹⁷, bedarf in dieser Zuspitzung kritischer Überlegung. Die „Leistungsfähigkeit des Systems“ repräsentieren nicht nur herausragende Ergebnisse in der Forschung, eine effiziente industrielle Produktion u. a., sondern sie bedarf auch eines funktionsfähigen Rahmens, der durch Verwaltung, Justiz u. a. m. getragen wurde. Viele dieser Funktionsträger kamen über die ABF zur Hochschule, sofern sie ein Studium hinter sich hatten. Und Bildungsdefizite beim Aufstieg in die akademische Elite konnten durch intensive Weiterbildung beseitigt werden. Es fehlen im übrigen zu einer fundierten Beantwortung der Frage, ob bzw. wie viele Absolventen der ABF zu führenden Vertretern ihres Faches aufstiegen, biografische Einzelstudien.

Bei der Aufnahmeprüfung mußten die Bewerber für die Vorkurse nach einer Vorauslese unter sozialem Gesichtspunkt ihre geistige Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Deutlich wird, wie generell nach der Schulreform von 1946 in der SBZ, die Unterordnung von Begabung dem Ziel, „bildungsstrukturelle Barrieren für die traditionell unterprivilegierten, bildungsfernen Sozialschichten zu beseitigen.“¹¹⁸ Eine Begabtenförderung im engeren Sinn gab es in den Vorstudienanstalten nicht. Begabtenauslese und -förderung rangierten nach ideologischen Zielen.

Ungeachtet der skizzierten politischen, administrativen und pädagogischen Schwierigkeiten an den Vorstudienanstalten der SBZ war das Ziel, die Öffnung der Universität für bisher aus wirtschaftlichen Gründen Ausgeschlossene ein Beitrag zur Demokratisierung der Bildung. Die totale Niederlage des NS-Regimes und die Verstrickung großer Teile der alten Eliten in die deutsche Politik zwischen 1933 und 1945 erhöhten die Notwendigkeit, Schranken, die es bisher im deutschen Bildungswesen gegeben hatte, zu beseitigen. Andererseits wurde bald das Unvermögen der Bildungspolitik in der SBZ deutlich, die Potenzen der bisher minderprivilegierten Teile des Volkes voll auszuschöpfen. So blieb die reale Demokratisierung der Bildung auf einen kurzen Zeitraum, auf die Jahre des „antifaschistischen Neubeginns“, zwischen etwa 1946 und 1948/49 beschränkt.

¹¹⁶ GEISSLER (wie Anm. 80), S. 225.

¹¹⁷ Jürgen KOCKA, Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bd. 40 (1994), S. 39.

¹¹⁸ Gerhard SCHREINER, Begabtenförderung in der DDR, in: Vergleich der Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von Oskar ANWEILER, Köln 1990, S. 425.